

Auf der Erde besteht eine akute Gefahr einer katastrophalen Klimaerhitzung und damit eine Gefahr für das Leben der Menschen. Die bislang global und lokal geplanten Maßnahmen reichen nicht aus, um den Klimawandel auf möglichst nicht mehr als 1,5°C, höchstens jedoch 2°C Erderwärmung gegenüber 1990 zu begrenzen. Bei einer Überschreitung dieser Werte droht die Klimaerhitzung durch das Erreichen kritischer Kipppunkte zu einem sich selbst verstärkenden Prozess zu werden, in dessen Folge weite Teile der Erde für Menschen unbewohnbar zu werden drohen. Nationen, Städte, Kommunen, Gewerbe und Zivilgesellschaft müssen die Dramatik der Klima-Erhitzung anerkennen und das Menschenmögliche tun, um die Emission von klimawirksamen Gasen in kürzester Zeit erheblich zu reduzieren. Nur durch schnelles und wohlüberlegtes Handeln können wir die Gefahren abmildern. Mit der Anerkennung des globalen Klimanotstands wird die Dringlichkeit des gemeinsamen Handelns verdeutlicht. Wir müssen deshalb unverzüglich lokal handeln.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik effiziente und konsequente Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakatastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel sowie in Deutschland die Städte Konstanz, Erlangen, Kiel und Münster bereits den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt: Es ist Zeit zu handeln! Mit der Ausrufung des Klimanotstandes ist auch eine Verantwortung zu Handeln verbunden – in den kommenden Haushaltsberatungen sind die Bezirksversammlung und das Bezirksamt aufgefordert, schnelle und wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen.

Der Bezirk Altona hat die Dringlichkeit erkannt und 2018 unter breiter Bürgerbeteiligung das Integrierte Klimaschutzkonzept Altona erarbeitet und am 08.01.2019 fertig gestellt. Mit zahlreichen Maßnahmen soll der Klimaschutz auf bezirklicher Ebene umgesetzt werden und übergeordnete wirksame Klimaschutzmaßnahmen eingefordert werden. Außerdem wird der Bezirk alles tun, um die Folgen der bereits unvermeidlich gewordenen Klimaerwärmung für die Menschen in Altona abzumildern. Schließlich sollen Gewerbe und Zivilgesellschaft vernetzt und motiviert werden, um sich mit eigenen Maßnahmen an der Umsetzung zu beteiligen.

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt der Bezirksversammlung Altona:

Resolution zur Klimakrise

Die Bezirksversammlung beschließt gemäß § 19 (2) BezVG:

1. Der Klimanotstand wird ausgerufen. Der Bezirk Altona stellt fest, dass wir in dieser globalen Klimakrise, das Menschenmögliche tun müssen, um die Emission von klimawirksamen Gasen (CO₂, Methan, Lachgas) schnellstmöglich zu reduzieren. Der Bezirk Altona erkennt damit die Abmilderung des Klimawandels als Aufgabe höchster Priorität an. (Plus wir fordern für die ganze Stadt Klimanotstand (siehe Punkt 15).)
2. Altona wird Klimaschutz-Bezirk und ruft alle bezirklichen, gewerblichen und privaten Akteure auf, die Auswirkungen ihres Handelns auf das Klima zu überprüfen und unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Emission klimawirksamer Gase (CO₂, Methan, Lachgas) zu ergreifen. Als

Sofortmaßnahme soll die Erstellung des Klimaschutzteilkonzepts Gewerbegebiet Schnackenburgallee/ Gewerbe noch dieses Jahr erstellt werden.

3. Der Bezirk verpflichtet sich, alle geplanten baulichen Maßnahmen des Bezirks zu überprüfen hinsichtlich ihrer Auswirkungen aufs Klima. Das Bezirksamt Altona und die Bezirksversammlung Altona bevorzugen Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

4. Im Rahmen der Beschaffung beachtet das Bezirksamt ökologische Kriterien, insbesondere die Auswirkungen auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz.

5. Das Bezirksamt stellt bei sämtlichen klimarelevanten Beschlussvorlagen die jeweilige Auswirkung dar. Dies gilt insbesondere bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Die Bezirksversammlung verpflichtet sich bei ihren Entscheidungen dem Klimaschutz höchste Priorität einzuräumen.

6. Das integrierte Klimaschutzkonzept des Bezirks bildet die Basis für die Arbeit auf bezirklicher Ebene. Alle Beteiligten wirken mit, um das Klimaschutzkonzept bekannt zu machen und weiter zu entwickeln. Kinder und Jugendliche sind zu beteiligen. Mit der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs muss noch dieses Jahr konsequent und sofort begonnen werden. Das Bezirksamt Altona überprüft den Klimaschutzplan spätestens und wiederkehrend nach 2,5 Jahre und passt diesen in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz an.

7. Der Bezirk Altona unternimmt große Anstrengungen, um die grüne Lunge unseres Bezirks weiter zu entwickeln. Dazu gehört insbesondere:

a. Bestehende Kleingärten, öffentliche Grün- und Parkanlagen sind zu erhalten und möglichst auszubauen. Dach- und Fassadenbegrünungen sind als zusätzliche Klimaanpassung zu verstehen. Die Begrünung von grauen Blockinnenhöfen muss zeitnah gefördert werden.

b. Erhalt und Ausbau des Volksparks und der Feldmarken. Keine schleichende grünvernichtende Kommerzialisierung mehr (weder im Volkspark noch im Klövensteen noch anderswo).

c. Baumfällungen auf öffentlichem Grund nur bei eindeutiger Gefahr der Verkehrssicherheit und bei gleichwertigem zeit- und ortsnahe Bausersatz.

d. Das Verhältnis zwischen gefälltten und nachgepflanzten Bäumen auf öffentlichem und privatem Grund muss verpflichtend mindestens 1:1 betragen. Auch auf privatem Grund darf es dabei im Rahmen einer CO₂- Bilanz zu keinem Grünvolumenverlust mehr kommen. Ersatzzahlungen sind dementsprechend adäquat einzusetzen.

e. Einführung einer Baumkaution (bzw. Ersatzpflanzungskautiön) zur besseren Kontrolle der Umsetzung von Ersatzpflanzungsauflagen auf privatem Grund.

f. Nutzung von Baulücken als möglichst ökologisch ausgerichtete „Westentaschenparks“.

Weiterhin soll im Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport ein Programm „Mehr Grün für Altonas Plätze und Straßen“ beschlossen werden. Mit diesem Programm sollen Grüninseln im Siedlungsraum für Mensch und Natur geschaffen, zusätzliche Bäume gepflanzt und die Begrünung von vertikalen und horizontalen Flächen z.B. an Bus-Unterständen initiiert und vorangetrieben werden. Das Bezirksamt unterstützt Initiativen zur nachhaltigen regionalen Versorgung (z.B. Mischkultur-Modellprojekt, Permakultur, Transition-Town).

8. Die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Integrierte Mobilität wird noch dieses Jahr initiiert.

9. Das Bezirksamt berichtet dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz laufend zur Umsetzung.

Die Bezirksversammlung beschließt gemäß § 27 BezVG:

10. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf, ein Klimaschutzgesetz einzuführen, dessen Maßnahmen an den Verpflichtungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz soll erreichen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität Hamburgs spätestens bis zum Jahr 2035 erreicht werden kann. Insbesondere fordern wir den Senat auf

- einen Plan vorzulegen, wie die Energieversorgung Hamburgs schnellstmöglich klimaneutral wird und
- über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels auf Altona sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, umfassend zu informieren.

11. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb für Geoinformationen und Vermessung ein Online-Portal einzurichten, auf dem alle übergeordneten Klimaschutz-Projekte Hamburgs dargestellt werden. Die Emissionen klimawirksamer Gase der Stadt sollen jährlich überschlägig ermittelt und die eingesparten Emissionen grafisch dargestellt werden.

12. Wir fordern den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

- Steuervergünstigungen für fossile Energieträger schnellstmöglich zu streichen, um den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger zu beschleunigen,
- die Entwicklung und Nutzung von erneuerbaren Energien als **prioritäre Aufgabe** durch Anreize und Förderung **erheblich** zu verstärken.

13. Die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes Integrierte Mobilität wird noch dieses Jahr initiiert. Weiterhin fordern wir die beteiligten Fachbehörden auf, die Stadtbahn als neues schienengebundenes öffentliches Verkehrsmittel zur Anbindung der Außenbezirke unter besonderer Beachtung der Klimaauswirkungen aufgrund einer zügigen Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV, der Bauzeit sowie der Kosten zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz in einer gemeinsamen Sitzung vorzustellen. Weiterhin fordern wir die Fachbehörden auf:

a. Kreuzfahrtschiffe und Containerschiffe dürfen nur Landstrom nutzen.

b. Landstrom wird nur aus erneuerbaren Energien gespeist.

14. Wir fordern den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Ziele des Pariser Abkommens einhält.

15. Klimaschutz gelingt gemeinsam. Wir fordern daher den Senat sowie die beteiligten Fachbehörden auf die Klimakrise mittels einer Resolution als Klimanotstand anzuerkennen. Der Senat übermittelt diese Aufforderung seinerseits als Empfehlung an die anderen Hamburger Bezirksversammlungen sowie an Städte und Gemeinden der Metropolregion Hamburg.